## Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 1099

## Maßstäbegerechtigkeit im Länderfinanzausgleich

Die Länderfinanzen zwischen Autonomie und Nivellierung

Von Adrian Jung

244 S. 2008. € 74,– ISBN 978-3-428-12673-6

In seiner Entscheidung vom 11. 11. 99 hat das BVerfG für den Länderfinanzausgleich ein Maßstäbegesetz gefordert, das eine Pflicht des Gesetzgebers konstituiert, die Vorgaben der Finanzverfassung durch allgemeine, nachvollziehbare, ihn selbst bindende Maßstäbe zu konkretisieren.

Adrian Jung widmet sich Geltungsgrund und Ausgestaltung des Maßstäbegesetzes. Der Gesetzgeber ist als Erstinterpret des Grundgesetzes durch einen in Art. 107 Abs. 2 GG angelegten – zu einem Angleichungsauftrag verdichteten – rechtsstaatlichen Gleichheitssatz gehalten, diesen in seiner Ausprägung als Willkürverbot sachgerecht zu verdeutlichen. Die Angemessenheit gewinnt in dem rechtsstaatlichen Prinzip der Verhältnismäßigkeit klarere Konturen. Dieses kann die Besonderheiten des Finanzausgleichs nicht vollständig selbst präzisieren und bedarf ebenfalls gesetzgeberischer Maßstabsbildung. Willkür- und Übermaßverbot können durch das Maßstäbegesetz gewährleistet werden, das jedoch in seiner geltenden Form einer Überprüfung an diesen Verfassungsprinzipien nicht standhält.

## Inhaltsübersicht

	1. Kapitel: Verfassungsrechtliche Maßstäbe	11
A.	Bundesstaatlichkeit und die Bedeutung finanzieller Autonomie	11
B.	Das Maßstäbegesetz	13
C.	Vorgehensweise	16
D.	Bundesstaatliche Gleichheit und Gleichheitssatz	22
E.	Der Angleichungsauftrag des Art. 107 Abs. 2 GG	43
F.	Die Angemessenheit	123
G.	Die Angemessenheit als Verhältnismäßigkeit	131
H.	Angemessenheit im Rahmen des Art. 107 Abs. 2 GG	136
	Die Verhältnismäßigkeit im bundesstaatlichen Verhältnis — Die Übertragbarkeit der Verhältnismäßigkeit in das Finanzausgleichsrecht — Die Verhältnismäßigkeit als richtiger Maßstab — Verhältnismäßigkeit und Maßstäbegesetz — Ergebnis	
	2. Kapitel: Die Zusammengehörigkeit von Angemessenheit, Gleichheit und Maßstäbegesetz	161
A.	Das Zusammenwirken von Angemessenheit und Gleichheitssatz im "angemessenen Ausgleich"	163
B.	Der unausweichliche Schritt zum Maßstäbegesetz	166
C.	Widerlegung der Kritik an der Forderung nach einem Maßstäbegesetz  Keine Rechtsgrundlage im Verfassungstext — Einordnung in die Gesetzesdogmatik: Rechtsstaatlichkeit und Demokratieprinzip — Verstoß des Finanzausgleichsgesetzes gegen das Maßstäbegesetz — Die politische Durchsetzbarkeit des Maßstäbegesetzes — Ergebnis	167
	3. Kapitel: Verwirklichung der verfassungsrechtlichen Vorgaben	191
<b>A</b>		
	Sonderbedarfe	191
	Inhalte des Maßstäbe- und Finanzausgleichsgesetzes	208
	Ergebnis	229
T :4	eratur- und Sachwortverzeichnis	231

Bestellungen können an jede Buchhandlung gerichtet werden oder direkt an den Verlag.

## Duncker & Humblot GmbH · Berlin

Postfach 41 03 29 · D-12113 Berlin · Telefax (0 30) 79 00 06 31 Internet: http://www.duncker-humblot.de